

AUSGABE MÄRZ 2022

NEUIGKEITEN

Newsletter zur Plenarwoche des Europäischen Parlaments

von Karolin Braunsberger-Reinhold MdEP



07. bis 10. März 2022

Plenarwoche des Europäischen Parlaments in Straßburg

Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 ist auf weltpolitischer Ebene nichts mehr wie es war. Zwei Wochen nach Invasionsbeginn befinden sich bereits mehr als zwei Millionen UkrainerInnen auf der Flucht. Das unfassbare Leid der Menschen und die Härte der russischen Aggressionen bewirken aber auch ein Zusammenrücken Europas. Die Solidarität mit der Ukraine ist überwältigend. Putin präsentiert sich als rücksichtsloser Diktator und vereint Europa und die NATO gegen sich.

Dass wir als EU bei der Energieversorgung von Russland unabhängig werden, hat deshalb höchste Priorität. Aber Russland nimmt nicht nur Einfluss auf wirtschaftlicher Ebene. Mit Propagandakanälen und Desinformationskampagnen versucht Putin, Ängste im eigenen Land zu schüren und den Westen zu destabilisieren.

Die vergangene Plenarwoche in Straßburg war also voller dringender Themen. Viel Freude beim Lesen meines Newsletters!

#StandwithUkraine!

INHALT

Ausländische
Einflussnahme

02

Situation der
ukrainischen
Flüchtlinge

03

Energieunabhängig-
keit von Russland

04

Europäische
Batterie-Verordnung

05



AUSLÄNDISCHE EINFLUSSNAHME UND DESINFORMATION

Vom angeblichen Genozid an Russen im Donbass bis zur Herstellung biologischer Waffen in Kiew: Mit derartigen Desinformationskampagnen rechtfertigt Putin seinen brutalen Angriff auf die Ukraine. Gleichzeitig soll das Verbreiten von Falschinformationen Ängste schüren und den Westen destabilisieren. Bislang hatte die EU dieser gezielten Fake-News-Attacke wenig entgegenzusetzen. Doch das soll sich nun ändern.

Nach fast zweijähriger Beratung hat der Sonderausschuss zu ausländischer Einflussnahme sowie Desinformation in dieser Plenarwoche seinen Maßnahmenkatalog vorgelegt. Darin wird die Europäische Kommission aufgefordert, eine wirksame Strategie vorzulegen, um hybriden Bedrohungen im Zusammenhang mit ausländischen Eingriffen zu begegnen und zu verhindern, dass kritische Infrastrukturen in die Hände von Drittländern gelangen. Vor allem soziale Medien sollen künftig stärker reguliert werden,

schließlich spielen sie bei Desinformation und Propaganda eine besonders kritische Rolle. Solange die großen Plattformen Desinformation nicht wirklich eingrenzen, beziehungsweise beenden können oder wollen, bleiben sie eine Verteilmaschine, nicht nur für ausländische Propaganda. Als CDU und CSU haben wir uns deshalb dafür eingesetzt, eindeutige Transparenzstandards dafür einzurichten, wie Desinformation erkannt werden kann und wann sie gelöscht werden muss. Auch für das letzte Mittel, die Löschung eines Kontos, muss es klare Regeln geben. Es ist entscheidend, dass die EU die legislativen Möglichkeiten nutzt, um handlungsfähiger zu werden und unsere Demokratie besser zu schützen.

Um Nachrichten von Desinformation zu unterscheiden, fordern wir Abgeordneten zudem mehr Medienkompetenz von den Schulen bis zur Erwachsenenbildung. Nur wer solide Kenntnisse über den News-Dschungel im Netz hat, kann sich online mit einem kritischen Blick sicher bewegen.

Die Situation der ukrainischen Flüchtlinge

Bereits mehr als zwei Millionen Menschen sind in der Ukraine nach der brutalen russischen Invasion zur Flucht gezwungen worden. Angesichts dieser humanitären Katastrophe hat Europa vereint entschieden, Flüchtlinge rasch und unbürokratisch aufzunehmen, ein außergewöhnlicher Beweis für Solidarität und Einigkeit. Im Plenum haben wir uns in dieser Woche für weitere Maßnahmen zum schnellen Schutz von Ukraine-Kriegsflüchtlingsen ausgesprochen.

In der Plenardebatte machten wir als CDU/CSU-Gruppe deutlich, dass es auch bei der Durchführung von Grenzkontrollen und der Registrierung Geflüchteter zusätzliche Unterstützung geben muss. Frontex und die Europäische Asylagentur, sowie die Mitgliedstaaten, welche am meisten von den Flüchtlingsströmen betroffen sind, tun bereits alles in ihrer Macht stehende. Diese Länder haben unsere volle Unterstützung verdient. Die von der EU zur Verfügung gestellten Gelder müssen auch

dafür verwendet werden, Geflüchteten in den Aufnahmeländern den unmittelbaren Zugang zur Daseinsvorsorge, dem nationalen Arbeitsmarkt sowie wirksamen Integrationsmaßnahmen einzuräumen. Darüber hinaus forderten wir, dass für die Millionen Binnenvertriebenen in der Ukraine umgehend Sicherheitskorridore eingerichtet werden. Medikamente und Hilfsgüter müssen die Zivilbevölkerung ohne Umwege erreichen, um eine weitere Eskalation der humanitären Krise abzuwenden.

Die EU-Kommission legte in dieser Woche Vorschläge für zusätzliche Finanzhilfen für Kriegsflüchtlinge vor. Konkret wird damit Mitgliedstaaten im Rahmen der Kohäsionspolitik erlaubt, nicht verwendete Mittel umzuwidmen, um die aufgenommenen Menschen besser zu unterstützen. Zudem schlug die Kommission vor, unbegleiteten Minderjährigen Vorrang einzuräumen und sicherzustellen, dass sie Zugang zu Bildung haben.



ENERGIEVERSORGUNG: ABHÄNGIGKEIT VON RUSSLAND REDUZIEREN



Der russische Angriff auf die Ukraine ist schockierend und führt Europa leider auch vor Augen, wie abgänglich man von russischem Gas und Öl ist. Inzwischen kann man feststellen, dass Putin mit seinem Krieg selbst den Ausstieg aus der Abhängigkeit Europas von Russland eingeleitet hat. Die EU-Kommission hat daher in dieser Woche eine Reihe von Maßnahmen präsentiert, wie die Abhängigkeit von Russland reduziert werden soll. Dabei hat sie viele Initiativen aufgegriffen, die unsere EVP-Fraktion vorangetrieben hat.

So soll der Ausbau der erneuerbaren Energien nochmal beschleunigt werden, wofür sich insbesondere auch CDU und CSU eingesetzt hatten. Zukünftig sollen zudem die Gasspeicher in Europa vor dem Winter Mindestfüllstände erreichen, damit Europa stets warm durch den Winter kommt. Dazu kommen spezifische Maßnahmen, die der

energieintensiven Wirtschaft helfen sollen sowie eine neue Wasserstoff-Importinitiative. Je stärker diese Initiative greift und je breiter sie diversifiziert ist, desto höher, sicherer und kostengünstiger wird der Anteil erneuerbarer Energien und umso geringer wird unsere Abhängigkeit von russischen Rohstoffen.

Dennoch könnte Europa noch mehr tun. So sind die Kommissionsvorschläge zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien zwar richtig, gehen aber teils noch nicht weit genug. Um eine wahre Vorfahrt für erneuerbare Energien zu erreichen, müssen wir auch Kompromisse beim Artenschutz zulassen. Die Mitgliedsstaaten brauchen rechtlich die Möglichkeit, bei gefährdeten Tierarten nicht mehr die einzelne Fledermaus als Ausschlusskriterium für neue Anlagen zu sehen. Dafür sollte nur die Gefährdung einer gesamten Art in Frage kommen.

DIE EUROPÄISCHE BATTERIE-VERORDNUNG

Batterien und Akkus sind unverzichtbare Energiespender unserer Alltagsgegenstände. Durch die fortschreitende Elektrifizierung werden sie immer wichtiger. Die EU überarbeitet derzeit die gesetzlichen Regeln für Batterien, denn gerade in leeren Batterien und Akkus schlummert noch viel ungenutztes Potential und befinden sich wichtige Rohstoffe. Schon Ende 2020 hatte die EU-Kommission einen Gesetzgebungsvorschlag vorgelegt. In dieser Woche haben wir uns als Europaparlament dazu positioniert.

Zum einen soll der Anteil recycelter Rohstoffe in Batterien erhöht werden, ohne Kompromisse bei Leistung und Sicherheit zu machen. Durch gesteigerte Sammelquoten sollen leere Batterien in der EU gehalten,

gesammelt und verwertet werden. Zum anderen wird die Produktregulierung geändert: Batterien, deren Lebensdauer kürzer ist als die des Gerätes, in dem sie sich befinden, müssen einfach herausnehmbar und in der Folge einfacher sammelbar sein. Um Batterien und Akkus zu recyceln, müssen möglichst viele zurück in den Produktkreislauf überführt werden. Das ist das Kernziel der neuen Verordnung, die noch zwischen Mitgliedstaaten und EU-Parlament weiter beraten werden muss. Auch wirtschaftlich lohnt sich Batterierecycling: Das Potential des Batteriesektors in Europa ist ausgesprochen hoch. Der Marktwert liegt bei geschätzten 250 Milliarden Euro jährlich. Zudem trägt die neue Gesetzgebung dazu bei, Europa unabhängiger von Asien zu machen.

